



© Judith Schönenberger

Ja zu «zäme läbe – zäme schtimme»

Am 26. September entscheiden die BernerInnen über die Initiative «zäme läbe – zäme schtimme». Die Gemeinden sollen den AusländerInnen das Stimmrecht geben können, findet Halua Pinto de Magalhães, Berner JUSO-Stadtrat und Co-Präsident von Second@s Plus.

Was fordert die Initiative «zäme läbe – zäme schtimme» genau?
Die Initiative will den Gemeinden die Möglichkeit geben, den AusländerInnen, welche schon längere Zeit im Kanton wohnhaft sind, bei Gemeindeangelegenheiten das Stimmrecht zu geben. Heute verbietet dies die Kantonsverfassung.

Welche Vorteile siehst du?
Es wäre ein weiterer Ausbau der Demokratie. Die ansässigen AusländerInnen sind genauso von den demokratischen Entscheidungen betroffen wie die SchweizerInnen: Sie zahlen Steuern und AHV und ihre Kinder gehen hier zur Schule. Entscheide auf Gemeindeebene haben direkte Auswirkungen auf das Alltagsleben und sollten möglichst breit abgestützt sein. Mitbestimmung trägt zudem zu einer besseren Integration bei, da die betroffenen Personen stärker einbezogen sind.

Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Graubünden, Jura, Neuenburg und Waadt kennen das Ausländerstimmrecht

bereits in der einen oder anderen Form. Was sind die dortigen Erfahrungen?

Die Erfahrungen zeigen, dass sich AusländerInnen eher weniger am demokratischen Prozess beteiligen. Dabei unterscheidet sich das Abstimmungsverhalten von AusländerInnen bezüglich ihres sozialen Status kaum von den SchweizerInnen. Jedoch müsste allgemein die politische Bildung ausgebaut werden, das gilt nicht nur für die ausländische Bevölkerung.

Du hast selber den Schweizer Pass, wäre eine Einbürgerung der am Stimmrecht interessierten AusländerInnen nicht die bessere Lösung?

Nein, denn das Stimm- und Wahlrecht soll nicht vom Interesse abhängig sein. Alle sollen selber entscheiden können, ob sie am demokratischen Prozess teilhaben wollen. Einen Ausbau der erleichterten Einbürgerung würde ich jedoch begrüssen. Meine Vision einer echten Demokratie wäre ein Bürgerrecht für alle in der Schweiz wohnhaften Personen.

Du unterstützt die Initiative aktiv. Was sind in den nächsten Wochen noch für Aktionen geplant?

Wir haben ein Abstimmungskomitee gegründet, welches ein klares Zeichen gegen die fremdenfeindliche Grundstimmung im Land setzen will. Diese hat in den letzten Jahren mit der Ausländer- und Asylabstimmung und der Minarett-Initiative immer mehr zugenommen. Second@s Plus engagiert sich aktiv für diese Initiative und wird im Rahmen des begrenzten Budgets auf die Abstimmung aufmerksam machen.

Welches ist dein wichtigstes Argument, um GegnerInnen auf der Strasse von einem JA zu «zäme läbe – zäme schtimme» zu überzeugen?

Was können die Schweizer BürgerInnen dabei verlieren? Nichts, wir können nur gewinnen: nämlich eine bessere Integration der ausländischen Bevölkerung.

Das Ausländerstimmrecht stand im Kanton Bern schon mehrmals zur Diskussion. Welche Erfolgsaussichten gibst du der Initiative?
Die Initiative hat im bürgerlichen Kanton Bern leider wenig Chancen. Wir wollen aber in den Städten die Abstimmung gewinnen.

→ www.zaemeschtimme.ch

TSCHOU

Kein Hätti und kein Wettli!

Nie ist Unterschriftensammeln so einfach wie im Sommer: Die Menschen suchen den Weg ins Freie. Das gilt auch für meine Familie, und so hätte ich letzten



Sonntag locker zehn Unterschriften für die SP-Cleantech-Initiative sammeln können. Wenn ich diese

praktischen Unterschriftenkarten dabei gehabt hätte. Aber eben: «Der Hätti u der Wettli si Brüetsche gsi», und Unterschrift haben sie an diesem Tag keine einzige gesammelt. Dabei braucht die SP Kanton Bern pro Mitglied nur drei Unterschriften. Würde also jedes Mitglied eine einzige dieser 3er-Unterschriftenkarten füllen, wären wir geputzt und gestrahlt. Und da die eigene Unterschrift auch zählt, bleiben nur noch zwei Unterschriften zu sammeln.

Gut unterwegs ist das Oberland: Die SP Unterseen bringt es bereits auf vorbildliche zwei Unterschriften pro Mitglied, auch Interlaken und Thun sind auf Kurs. Fleissig am Sammeln ist die Kampagnengruppe in der Stadt Bern, der man sich jederzeit gerne anschliessen kann. Allen SammlerInnen ein grosses DANKE! Ich habe jetzt immer einige Unterschriftenkarten in meiner Tasche. Auf den Hätti und den Wettli verlasse ich mich nicht mehr.

Andrea Bauer, bei der SP Kanton Bern seit August für die Cleantech-Initiative zuständig. Wer gerne in der Kampagnengruppe mitarbeitet, Unterschriftenkarten oder weitere Infos zur Initiative braucht, bitte melden: andrea.bauer@spbe.ch, 031 370 07 88



SPITZE FEDER

Auf der Spitze des Sozialismus

In meinen letzten Ferien landete ich in Afrika – genauer in Tansania, wo Freunde von mir leben.



Die Politik lasse ich jeweils zuhause, aber nicht immer lässt sich ihr ausweichen. So zum Beispiel bei einer Strassenkontrolle der Steuerbehörden – in der unsere Tourcompany hängen blieb. Nach zwei Stunden Verhandlungen, Telefonaten, Warten und dann doch Zahlen ging's weiter. Der Kommentar unserer Crew: «Elections – government needs money!» Im Herbst finden Wahlen statt und die regierende mehr oder weniger Einheitspartei hängt an der Macht. Unter dem früheren Präsidenten Nyerere hatte diese Partei den Versuch eines afrikanischen Sozialismus unternommen. Jetzt vertraut sie offenbar mehr auf kapitalistische Methoden des Machterhalts. Anschliessend erklommen wir den Mount Meru, den zweithöchsten Berg Tansanias. Wir mussten auf dessen Spitze, um ein Überbleibsel der früheren Politik zu finden, der 4500 Meter hohe Gipfel heisst noch «Socialist Peak» und den trotz Thermosflasche kalten Tee teilten wir schön. Auf dem Rückweg genehmigten wir uns ein Bier. Und in sozialer Manier spendierten wir selbiges der ganzen Crew. Doch auf 2500 m.ü.M. gab es nichts mehr geschenkt: 4000 TSh anstelle der aufgedruckten 1400 TSh kostete die Flasche. So schnell waren wir wieder im Kapitalismus gelandet.

Daniel Furter,
Parteisekretär SP Kanton Bern

Coaching? Auch etwas für PolitikerInnen!

Wie schafft es eine Politikerin, ein Politiker all die Ansprüche, die an einen gestellt werden, unter einen Hut zu bringen? Welche Unterstützung ergibt Sinn? Ursula Marti ist in einer Masterarbeit dem Systemischen Coaching in der Politik nachgegangen. Ursula Marti

Jungpolitiker A. hat sich voller Enthusiasmus in sein erstes Amt gestürzt. Er gibt alles für sein Amt und seine Partei. Schon bald wird die zeitliche und emotionale Belastung fast untragbar und brennt ihn aus. Die langsamen politischen Prozesse, Taktiererei, Kritik setzen ihm zu, er mag nicht mehr.

B. politisiert seit ein paar Jahren engagiert im Parlament. Nun muss sie entscheiden, ob sie für ein höheres Amt kandidieren will. Dies hätte grosse Auswirkungen auf ihr Privat- und Berufsleben. Will sie das? Was sind die Chancen und Risiken? Wie kann sie sich optimal auf die Herausforderung vorbereiten?

Der neu gewählte Gemeinderat C. hat kaum Zeit sich einzuarbeiten und schon stehen schwierige politische und personelle Entschiede an, die ihn in Gewissens- und Loyalitätskonflikte bringen. Wie soll er vorgehen, wie kommunizieren?

D. wurde abgewählt. Sie ist verletzt und verunsichert. Wie baut sie ihr Selbstwertgefühl wieder auf? Welche Schlüsse zieht sie aus dieser Erfahrung? Ist die politische Karriere nun beendet oder will sie es nochmals wissen?

Dies ein paar typische Herausforderungen im Verlaufe eines PolitikerInnenlebens – die Reihe könnte beliebig fortgesetzt werden. Für den politischen und

persönlichen Werdegang können es entscheidende Momente sein. Was daraus entsteht, hängt – nicht nur, aber auch – von der Einstellung und dem Verhalten der Politikerin oder des Politikers ab. Ein Coaching kann helfen, die Situation im Einklang mit den eigenen Zielen aktiv zu gestalten und bestmöglich zu bewältigen.

Was geschieht im systemischen Coaching? Zum Beispiel werden

- persönliche Ziele geklärt,
- Entwicklungs- und Veränderungsprozesse initiiert und zielorientiert moderiert,
- Rollen, Werte, Verhaltensweisen reflektiert,
- Perspektiven gewechselt und andere Sichtweisen gewonnen,
- die Palette der Entscheid- und Handlungsmöglichkeiten erweitert,
- Ressourcen/Stärken bewusst und nutzbar gemacht,
- das Selbstwertgefühl gestärkt.

Der Coach ist zugleich SupporterIn und SparringpartnerIn. Er/sie begleitet und stärkt, hinterfragt jedoch auch und weist auf Widersprüche hin. Ein Coach kann auch «spiegeln», also zurückmelden, wie etwas auf ihn/sie wirkt.

Natürlich ist Coaching kein Wundermittel – die (zuweilen anstrengende) Arbeit muss die PolitikerIn, der Politiker selber leisten. Es macht auch nur Sinn, wenn eine echte Bereitschaft zu Selbstreflexion und Veränderung da ist. Ein gutes Vertrauensverhältnis sowie Professionalität des Coachs sind ebenfalls unabdingbar. Ist das gegeben, steht einem erfolgreichen Lernprozess nichts entgegen.

Mehr zur Masterthesis
«Systemisches Coaching von
Politikerinnen und Politiker» bei
ursula.marti@wortreich-gmbh.ch



Ein Grossrats-Mandat bringt neben Freude auch grosse Belastungen. Coaching für PolitikerInnen kann weiterhelfen.

SYSTEMISCHES COACHING

Systemisches Coaching bedeutet, stets das soziale System (Familie, Team, Partei usw.) zu betrachten, da die Sichtweise und das Verhalten einer Person vom System beeinflusst sind und umgekehrt.



Ursula Marti
Stadträtin Bern und
Mitglied der Geschäfts-
leitung SP Kanton Bern



Verschleierung: Selbstbestimmung oder Unterdrückung der Frau?

Verschleiern oder Brüste vergrössern

Jetzt hat die Diskussion um Kopftuch, Niqab und Burka auch den Kanton Bern erfasst. EVP und SVP-Exponenten fordern neue Verbote. Für die Rechte der Frau braucht es andere Lösungen. Andrea Bauer und Flavia Wasserfallen

Selten trifft man hierzulande auf eine bis auf die Augen verschleierte Frau. Der ungewohnte Anblick aber löst in vielen von uns Unbehagen aus. Man fragt sich: Wer befindet sich unter diesem Tuch? Und: Wer zwingt diese Frau, sich so zu verhüllen? Denn freiwillig macht das ja wohl niemand.

Dabei will man nicht wahrhaben, dass viele Frauen ihr Kopftuch oder ihren Gesichtsschleier sehr wohl freiwillig tragen. Das zeigt die Forschung. Nicht alle Musliminnen, die sich verschleiern, sind Opfer, die man aus ihrer Unterdrückung befreien muss, sondern eigenständige Persönlichkeiten mit einem eigenen Willen.

Diese Frauen durch ein Verbot in ihrer Wahlfreiheit zu beschränken, wäre deshalb eine krasse Verletzung ihrer Rechte. Denn auch sie haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Ein Recht, sich so zu kleiden, wie sie wollen.

Das Verbot, das insbesondere auch von einigen Feministinnen

im Kampf gegen Diskriminierung gefordert wird, ist deshalb nichts anderes als eine neue Diskriminierung: Eine Bevormundung, eine Beschränkung der Selbstbestimmung und der Wahlfreiheit der Frau.

Das aber darf nicht das Ergebnis einer Politik sein, die eine Stär-

Wer glaubt, ein Verschleierungsverbot schütze Frauen vor Unterdrückung, ist naiv.

kung der Position der Frau in der Gesellschaft anstrebt und die notabene seit Langem dafür kämpft, dass genau diese Werte – Wahlfreiheit und Selbstbestimmung – den Frauen überhaupt zugestanden werden.

Sicher, es gibt Frauen, die sich nicht freiwillig verhüllen. Doch bestehen bereits heute gesetzliche Grundlagen, welche diesen Zwang verbieten. Und wer glaubt, ein Verschleierungsverbot schütze Frauen vor Unterdrückung, ist

naiv. Vielmehr würden die wenigen Betroffenen dadurch noch mehr in die Isolation getrieben.

Ein Ja zum Verschleierungsverbot dient darum einzig und allein den Kräften, die sich noch nie um die Rechte der Frauen geschert haben. Und schon gar nicht um die Rechte von Migrantinnen. Für sie ist dieses Verbot nur ein weiterer Schritt auf ihrem antiislamischen, fremdenfeindlichen Feldzug.

Für die Rechte der Frauen einzustehen, heisst nicht, ihnen vorzuschreiben, wie sie als angeblich moderne und emanzipierte Frauen zu leben haben. Es heisst vielmehr, sie in die Lage zu versetzen, selber über ihr Leben bestimmen zu können. Auch wenn dies schlussendlich bedeuten kann, dass sie sich verschleiern – oder sich die Brüste vergrössern lassen.



Andrea Bauer
politische Sekretärin
SP Kanton Bern



Flavia Wasserfallen
Grossrätin und
Co-Präsidentin
SP Stadt Bern



SP-FRAUEN

Ladies Night

An der Ladies Night des Orange Cinema wurde der Film «Sex & the City» gezeigt. Wer kennt sie nicht: Carrie, Miranda, Samantha und Charlotte? Die vier klassischen Frauentypen: Die zarte, kleine und feingliedrige Journalistin, die erfolgreiche und kühle Anwältin, die männerfressende



Sexbombe und die einfühlsame, sensible Supermutter. Eine Sitzreihe hinter mir verkündeten lauthals einige junge Frauen,

mit welcher Figur sie sich identifizieren. Sie sind nicht die einzigen, die sich eine Frau aus diesem Film zum Vorbild nehmen. Die «Sex & the City»-Frauen sind moderne, selbstbewusste und emanzipierte Frauen, so scheint es auf den ersten Blick. Mir aber fällt nur auf, dass sie vor allem Kleider, Schuhe und Männer im Kopf haben. Ausser vielleicht Miranda, welche ihren Job als Anwältin kündigt, weil ihr Chef etwas gegen sie als starke und erfolgreiche Frau hat. Diese Szene stimmt mich nachdenklich. Wie kommt es, dass – obwohl alle für gleiche Chancen von Frauen und Männern sind – nach wie vor in den oberen Chefetagen die Männer unter sich sind? Der Film vertieft sich erwartungsgemäss nicht in diese Thematik. Miranda findet am Ende des Films doch wieder eine Anstellung, bei der sie mehr geschätzt wird. Ob der Problematik so Rechnung getragen wird? Auch wenn der Film vielleicht nicht ganz ernst gemeint ist, werden reale Begebenheiten wiedergegeben und Rollenbilder gefestigt. Ich habe ebenfalls meine Vorbilder, jedoch mit weniger Glanz und Glamour und dennoch ganz Frau. Sie heissen Ursula, Evi, Nathalie und Barbara.

Nadja Kehrl-Feldmann, Mitglied des Leitungsgremiums SP-Frauen

ENDSPURT

Super-Parteitag

Die SP Kanton Bern erwartet am 1. September einen aussergewöhnlichen Parteitag. Nach sieben Jahren unermüdlichem Einsatz für unsere Partei tritt die Präsidentin Irène Marti Anliker zurück und wird würdig verabschiedet.

Der Parteitag wählt das neue Präsidium, für welches die Geschäftsleitung Roland Näf als Präsidenten sowie Sabina Stör Büschlen und Ursula Zybach als Vizepräsidentinnen nominiert hat. Mit dem neuen Team werden die Basis, die junge Generation und die ländlichen Gebiete besser in die Parteileitung eingebunden.

Am selben Abend findet auch die Bundesrats-Nomination durch den Parteitag statt. Unsere Ständerätin Simonetta Sommaruga stellt sich für dieses wichtige und anspruchsvolle Amt zur Verfügung.

Schliesslich werden wir die Ausschaffungsinitiative und den Gegenvorschlag dazu radikalisch behandeln und die Abstimmungsparolen für den 28. November fassen. Es wird also viel diskutiert und hoffentlich gefeiert werden.

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, links.be@spbe.ch

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 30. August 2010

Leserbrief zum Artikel «Schwarzer Tag für die Frauen»

Ich würde die Wahlverluste für SP-Frauen anders analysieren: Ich stelle im Umfeld vermehrt fest, dass sich die Männer emanzipiert haben. Die heutigen Väter übernehmen viel mehr Verantwortung in der Familie, beschäftigen sich mit Kindern, Haushalt, KITA/Tageschule, Schule und machen sich über diese Themen ihre eigenen Gedanken.

Die SP repräsentiert meist durch Frauen, vertritt in den Themen «Familie», «Bildung» und «Sozialpolitik» aus meiner Sicht etwas pointiert formuliert oft die Anliegen allein erziehender Frauen, auf welche sich die ganze Politik auszurichten hat. Die Sozialpolitik ist geprägt von einem unbeirrbareren Glauben ans Gute im Menschen und orientiert sich an Werten, die in der heutigen Gesellschaft nur noch beschränkt Gültigkeit haben. Diese blauäugige Politik wird stark mit der SP und den SP-Frauen verbunden.

Flächendeckende KITA- und Tagesschulangebote sind zwar wichtig, aber Väter mit einem «Kindertag» wollen dann mit den Kindern etwas unternehmen und sie nicht abgeben. Ich selbst gehöre auch zu diesen Männern und habe eineinhalb Tage für die Kinder reserviert. Meine Frau und ich sind an öffentlichen Angeboten interessiert, aber wir wollen die Freiheit haben, wann wir die Angebote nutzen, und die Verantwortung für die Erziehung nicht an den Staat delegieren – so kommt die SP-Politik jedoch leider immer wieder (wohl fälschlicherweise) rüber.

Heutige Familienväter, ich sage mal so zwischen 30 und 45 Jahren, und deren emanzipierte, selbstbewusste und gleichberechtigte Frauen wählen deshalb möglichst keine SP-Frauen mehr. Und aus der wichtigen Wählergruppe «gebildete Mittelschicht» findet eine Abwanderung zu den Grünen bzw. den Grünliberalen statt.

Wenn am Schluss des Artikels der Wunsch geäussert wird, dass die SP als «Frauenpartei» wahrgenommen werden soll, dann müsste ein differenzierteres Frauen-Bild skizziert werden. Die Meinungen moderner Familienfrauen mit Mann und Beruf wären ebenfalls einzubeziehen. Meine Frau und ich wünschten sich die SP nicht als Frauen-, sondern als Familienpartei!

Martin Strupler-Grötzingler, Bern

AGENDA

1. September, 19 Uhr
Parteitag SP Kanton Bern
Hotel Kreuz, Bern

9. September, 19 Uhr
Managed Care – Chance oder Risiko?
Öffentliche Veranstaltung mit Simonetta Sommaruga, Dr. med. Jacques de Haller, Dr. med. Danielle Lemann, Irène Marti Anliker und Jean-François Steiert, Moderation: Urs P. Gasche, Restaurant Schmiedstube, Bern

ROTES BRETT

SP 60+

Im Oberaargau treffen sich ältere SP-Mitglieder schon seit längerem regelmässig zum Austausch. In Zusammenhang mit den Nationalratswahlen 2011 prüft die Kantonalpartei die Idee, eine Liste SP 60+ ins Rennen zu senden. Wer Interesse an diesem Projekt hat, meldet sich bis 30. August bei daniel.furter@spbe.ch oder 031 370 07 83 für weitere Infos.

JETZT UNTERSCHRIFTENBOGEN ZURÜCKSENDEN

Im letzten links lag ein Unterschriftenbogen «Faire Steuern – Für Familien» bei. Grosser Danke allen, welchen ihn zurückgesandt haben, und grosse Bitte an alle anderen, noch zu unterschreiben und ihn zurückzusenden.

Bogen zum Download unter www.spbe.ch → Initiativen&Referenden

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

SICHERE STADT BERN?

EINE BESICHTIGUNG VOR ORT

17. September 2010, 20.30 bis ca. 23.30 Uhr, Treffpunkt: Lifanlage Grosse Schanze, Bern
Die AG Sicherheit der SP Stadt Bern lädt die SP-Mitglieder zu einem speziellen Rundgang ein: Besucht werden Standorte rund um den Bahnhof, die aus sicherheitspolitischen Gründen immer wieder im Gespräch sind. Mit Fachpersonen werden unter anderem diskutiert: Videoüberwachung, Gewalt rund ums Nachtleben, Drogenpolitik. Die Teilnahme ist gratis. Anmeldungen bis 15.9. an bern@spbe.ch

Der starke
Personalverband

BSPV



**Der BSPV:
Ihre Partei
am Arbeitsplatz**

Beratung erhalten Sie unter:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband